

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Rieser Tageblatt
Rieser Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Girokonto
Rieser Nr. 52.

Nr. 257.

Mittwoch, 2. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen am bestimmten Tage und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Abrechnungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger und Verlegerin, über die Verlegerin keine Haftung für die Nichtlieferung der Zeitung oder die Verzögerung der Lieferung oder die Nichtzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Wertheimstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

Innenpolitische Pause.

Stufe für die Wahl.

6. Nach dem großen Schicksal der neuen preussischen Notverordnung und der darauf folgenden Minister-ernennung scheint man vom Reich aus zunächst einmal eine innenpolitische Pause eintreten lassen zu wollen, um mögliche Ruhe für die Wahlen zu gewinnen. Wenn gleich auf Antrag des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun eine Sitzung des Reichsratsausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung entgegen der Absicht der Reichsregierung schon auf den 3. November anberaumt ist, so sind doch hier- von keine erregenden Zwischenfälle oder Weiterentwicklungen des Konflikts zwischen Preußen und Reich zu erwarten, denn die Ausschusssitzungen sind nicht öffentlich und ihr Verlauf bleibt vertraulich. Die Fühlungnahme mit den Län- dern, in denen ja offenbar die Gemütslage gegen das Vor- gehen der Reichsregierung mindestens nicht geringer ge- worden ist, dürfte am 10. November zu wesentlichen Ergeb- nissen führen. Bis dahin ruht der Streit, und man wird annehmen dürfen, daß auch von Seiten der Reichsregierung alles geschieht, um keine Verschärfung mehr eintreten zu lassen.

Das gleiche gilt für die Behandlung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Komplexe. Obwohl der merkwürdige Zwischenfall mit der zurückgezogenen halbamtlichen Ver- öffentlichung über die Einführung der autonomen Kontin- gentzölle mit der Erklärung abgeschlossen worden ist, daß der Reichsernährungsminister auf Grund einer aus dem Jahre 1917 stammenden Verordnung das Recht habe, in dieser Sache selbständig, also ohne Zustimmung respektive formelle Befragung sämtlicher Kabinettmitglieder vorzugehen, scheint man vor den Wahlen von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen zu wollen, weil auch hier sonst bedenkliche Verschärfungen unausweichlich wären.

Verhältnismäßig scheint das Prinzip der Verfassung des- teren Probleme bis nach den Wahlen auf dem Gebiete der kommunalen Finanzpolitik werden zu sollen. Die Rolle der Gemeinden ist an sich längst kein Geheimnis mehr; sie war schon bei Amtsantritt der Regierung Papen so groß, daß hier eigentlich die erste und dringende Aufgabe gelegen hätte. Jetzt wird merkwürdigerweise ein vertraulicher Bericht Dr. Brants an das Kabinett veröffentlicht, der fast erschütternde Einzelheiten über die Lage selbst und über den Mißerfolg des Erlasses vom 22. August „zur Sicherstellung der Ablieferung der Staatssteuern“ gibt. ... der praktische Mißerfolg dieses Erlasses ist ein klassischer Ausdruck für die ungeheure Finanznot der Gemeinden und ihrer Rück- wirkung auf andere Interessensphären, indem selbst die lokalen Aufsichtsbehörden im weitesten Umfange genötigt waren, sich über die jetzigen Anordnungen der Zentral- instanz einfach hinwegzusetzen, um den Gemeinden durch Freigabe hoher Beträge an Staatssteuern die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vorläufig noch sicherzustellen. In welcher un- überwindlichen Schwierigkeit der Staat dadurch gekommen ist, braucht nicht hervorzuheben zu werden. Das Funktion- nieren des neuen Staatsapparates ist durch Rückstände in solcher Höhe in Frage gestellt. Diese Worte aus dem Bericht Dr. Brants kennzeichnen die Situation: die Rück- stände, die Ende Mai 62 Millionen RM. betragen, sind bis Ende August auf 130 Millionen RM. gestiegen.

Man sieht, welche riesige Aufgaben sich für die Zeit un- mittelbar nach den Wahlen ergeben und es ist unendlich, die Bedenken darüber zu unterdrücken, daß die innenpolitische Situation, wenn auch äußerlich ruhiger, innerlich doch ge- spannter denn zuvor ist, und daß kaum eine Möglichkeit der Entspannung durch das Wahlergebnis sichtbar ist, es sei denn, daß der innenpolitische Kurs durch das Wahlergebnis entscheidend beeinflusst wird.

Die Aufnahme der Held-Rede.

Berlin, 2. November.

Die Rede, die der bayerische Ministerpräsident Dr. Held in Stuttgart hielt, findet in Berliner politischen Kreisen einen lebhaften Widerhall. Eine offizielle Antwort wird aber nicht erfolgen. Als Begründung dafür wird angegeben, daß man es vermeiden möchte, auf die ungewöhnliche Tonart zu er- warden, in der der bayerische Ministerpräsident die Reichs- regierung und ihre Maßnahmen angreift. Es erscheint nicht als ausgeschlossen, daß die Rede Dr. Helds gewisse Konsequen- zen in dem Verhältnis zwischen der Reichsregierung und der Bayerischen Staatsregierung haben wird.

Der Eindruck, den man von der Stuttgarter Rede in Berliner politischen Kreisen hat, ist umso bitterer, als die Reichsregierung immer wieder den größten Wert darauf legt, die Beziehungen zu Bayern als dem zweitgrößten deutschen Land so eng wie möglich zu knüpfen und den bayerischen Auffassungen und Wünschen tunlichst entgegenzukom- men. Das ist besonders deutlich bei dem Staatsbesuch des Reichsministers in München zum Ausdruck gekommen. Der Reichsminister hat auch gerade von München aus — vor den bayerischen Industriellen — eine seiner wichtigsten Reden ge- halten. Die gleiche Verbundenheit mit Bayern kam zum Aus- druck, als Reichsernährungsminister von Braun vor den bayerischen Bauern das große Agrarprogramm der Reichs- regierung entwickelte.

Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß auch Reichsinnenminister Brücker von Gao. sein Beständnis

Frankreich für eine Biermächtekonferenz?

* Genf. Der große französische Abrüstungsplan wird nach einer französischen Mitteilung erst in der Tagung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz Ende November zur Verhandlung gelangen. Herrriot hat den Bunsich ge- äußert, den Plan erst nach seiner Rückkehr aus Spanien in allen Einzelheiten aufzustellen. Paul-Boncour wird daher auf der Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz vor- ausichtlich am Freitag die allgemeinen Linien des franzö- sischen Planes darlegen. Der Plan selbst soll jedoch vor- ausichtlich am 23. November der Konferenz übergeben und veröffentlicht werden. Dieses Vorgehen der französischen Regierung wird auf den Bunsich Herrriots zurückgeführt, zu- nächst die Stellungnahme der englischen und der amerika- nischen Delegation abzuwarten, und dem tabuloförmigen französischen Parteiprogramm die Möglichkeit einer Erörterung zu geben.

In unterrichteten Kreisen wird übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß die geplante Biermächtekonferenz doch noch vor dem Zusammentritt des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz in der Schweiz stattfinden wird. Es scheint, daß jetzt auf französischer Seite großer Wert auf das Zustandekommen der Konferenz gelegt wird. Als Zeitpunkt nimmt man Ende November an, da die außerordentliche Ratstagung für den mandchurischen Konflikt jetzt auf den 21. November verschoben worden ist. Auf französischer Seite

besteht die Auffassung, daß die Frage der Gleichberechtigung auf der Viermächtekonferenz nunmehr ohne alle große Schwierigkeiten geregelt werden könne, da der neue franzö- sische Abrüstungsplan eine vollständig neue internationale Lage geschaffen habe. Offenbar besteht auf französischer Seite der dringende Wunsch, die Rückkehr Deutschlands in die Ab- rüstungskonferenz und damit die Teilnahme der deutschen Regierung an den Verhandlungen des Hauptauschusses Ende November zu ermöglichen. Man will in der Bier- mächtekonferenz lediglich die theoretischen Fragen der deut- schen Gleichberechtigung klären. Nach deutscher Auffassung kann jedoch eine Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungs- konferenz nur dann erfolgen, wenn auch die sich aus der theoretischen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ergebenden Fragen hinlänglich geklärt sind.

Die ursprünglich für Ende November vorgesehene außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Konflikt wird voraussichtlich erst im Januar oder Februar stattfinden.

Im Anschluß an die außerordentliche Ratstagung Ende November soll der für den Konflikt eingeleitete Neuversuch Ausschuss zusammentreten, der die Vollmachten hat, mit den Parteien zu verhandeln und sodann der Vollversammlung Bericht erstatten wird.

Die Neuordnung des deutschen Rundfunks.

Berlin. (Funkpruch.) Die Neuordnung des deutschen Rundfunks wird in organisatorischer Hinsicht binnen kurzem vollständig durchgeführt sein. Am 8. Nov. werden in den Reichsratsausschüssen die betreffenden Entwürfe ihrer ab- schließenden Beratungen finden. Der Aufbau des Rund- funks wird nach Grundfragen durchgeführt, die u. a. betragen: Die Rundfunkgesellschaften stellen ihr Programm selbst- ständig und unter eigener Verantwortung im Rahmen der Richtlinien für die Programmgestaltung auf.

Grundzügliche Programmfragen und solche des Pro- grammaustausches werden von der Reichsrundfunkgesell- schaft bearbeitet.

Als beratende Organe für den Programmbereich wirken Programmbeiräte mit.

Die Richtlinien für den Programmbereich verpflichten den Rundfunk zur Aufarbeitung an Volk und Staat, die frei von Parteieinflüssen und bürokratischem Zwang sein soll.

Alle im Rundfunk tätigen Gesellschaften erhalten die Form der GmbH. Die Anteile an der Reichsrundfunk- gesellschaft liegen zu 51 v. H. in Händen der Deutschen Reichspost, zu 49 v. H. bei den Ländern, in deren Gebiet sich Sender befinden. An den Sendegesellschaften sind zu 51 v. H. die Reichsrundfunkgesellschaften, zu 49 v. H. die im Sendebezirk liegenden Länder nach einem bestimmten Schlüssel beteiligt.

An der Ausübung der Staatsaufsicht sind das Reich (Rundfunkkommissionar des Reichspostministers für Verwal- tung und Technik, Rundfunkkommissionar des Reichsministers des Innern für Programmbereich) und die Länder beteiligt.

Die Befugnisse der Kommissionare umfassen Fragen der Personalpolitik und des Programmwesens.

Die Kommissionare können einzelne Fortbildungen aus politischen Gründen verbieten oder von Änderungen ab- hängig machen.

Deutsch-englische Verhandlungen erst im Dezember.

London. Bisher ist noch keine Entscheidung über die Zusammenlegung der englischen Abordnung für die Ver- handlungen mit der deutschen Regierung über die Frage der Einfuhr englischer Kohlen und die durch die englischen Zoll- tarife entstandenen Schädigungen des deutschen Außenhan- dels getroffen. Es ist zweifelhaft geworden, ob die englische Regierung die Abordnung noch im Laufe des November nach Berlin entsenden wird. Vielmehr verläutet — aller- dings noch unverbindlich —, daß die Abreise nicht vor An- fang Dezember stattfinden wird.

Ein Vertreter des Handelsministeriums teilte im Unterhaus mit, daß die von England an die Regierungen Norwegens, Schwedens und Dänemarks ergangenen Einla- dungen zu Zollverhandlungen von den drei Staaten ange- nommen worden seien. Man rechnet in politischen Kreisen Londons damit, daß die Vertreter Schwedens etwa um den 24. November herum in London eintreffen werden, und daß sich an die deutsch-schwedischen Verhandlungen die Bespre- chungen mit Dänemark und Norwegen anschließen werden.

Körner meldet sich wieder mal...

Paris. Der berühmte Landesvertreter Prof. Fried- rich Wilhelm Körner hat in Paris wieder einmal das Wort ergriffen und bei dieser Gelegenheit Frankreich und Eng- land aufgefordert, die Forderungen Deutschlands energisch zurückzuweisen, das imperialistische sei denn ja. Die Karte Europas, wie sie in Versailles ausgearbeitet worden sei, sei das gerechteste, was man sich vorstellen könne. Die Wieder- herstellung Polens einschließlich des Danziger Korridors sei durchaus berechtigt.

Die Getreidemarkt-Stützung

Berlin, 2. November.

Am Laufe des Dienstag haben im Reichsfinanzministe- rium Chef-Besprechungen über die Finanzierung der ge- planten neuen Getreidemarkt-Stützung stattgefunden, deren Ergebnis die Grundlage der heutigen Kabinettsberatungen über diesen Gegenstand bilden wird.

Ueber die geplanten Stützungsmassnahmen selbst ver- lautet, daß eine z u s ä h l i c h e A c h s t r a g e geschaffen werden soll, da zu befürchten ist, daß bei einer zu erwartenden Verstärkung des ersthändigen Angebotes die natürliche Nach- frage in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage nicht ausreicht, um ein angemessenes Getreidepreisniveau aufrecht zu erhalten.

Es wird zwar mit Bestimmtheit damit gerechnet, daß die Landwirtschaft auch weiterhin die bisher beobachtete Verkaufsdisziplin wahrte; die Stützungssaktion wird jedoch auf jeden Fall so gehandhabt werden, daß eine ähnl- iche Situation, wie sie sich 1929/30 entwickelte, nicht eintre- ten kann. Ob die Eingriffe am Effektiv- oder am Lieferungs- markt erfolgen, wird nach der jeweiligen Marktlage entschei- det werden. Eine Verfügung über die Stützungsbefähigung an Weizen und Roggen wird begrifflich bereits ergriffen werden, nachdem im späteren Verlauf des Erntejahres ein sicherer Ueberblick über die Ernte- und Verforgungsverhält- nisse möglich ist. Bei der Bewertung wird aber jede Rück- sicht auf die Brotgetreideverforgung genommen werden.

Reichsregierung und die Stuttgarter Rede des bayerischen Ministerpräsidenten.

Eine nachdrückliche Erklärung gegen bayerische Behauptungen.

Berlin. (Funkpruch.) Im Anschluß an die veröffent- lichte Mitteilung über die Auffassung in Berliner amtlichen Kreisen zu der Stuttgarter Rede des bayerischen Minister- präsidenten ist von maßgebender bayerischer Seite eine Er- klärung veröffentlicht worden, in der u. a. der Satz enthalten ist, daß die Erbitterung über das Vorgehen der Reichs- regierung in Preußen deswegen in Bayern am größten sei, weil es im schärfsten Widerspruch zu den Versprechen stünde, die der Reichskanzler bei seinem Besuch den bayerischen Regierungsmitgliedern gegeben habe.

Von amtlicher Seite wird dazu mit allem Nachdruck er- klärt, daß weder Reichskanzler von Papen bei seinem Be- such in Bayern, noch Reichsinnenminister Freiherr v. Gao. bei seiner Reise durch die bayerischen Bezirke irgendwelche Versprechungen hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber Preußen gegeben hätte. Es ist lediglich erklärt worden, daß sich an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Reich und Preußen nichts ändern wird. Die neuen Maßnahmen in Preußen halten sich durchaus eng in dem Rahmen des Leipziger Urteils und ändern nichts an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Reich und Preußen.